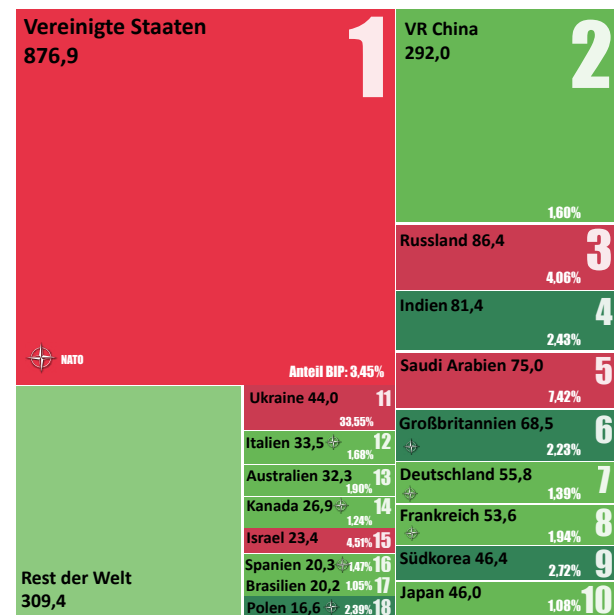


Rüstungsausgaben Weltweit und in Europa

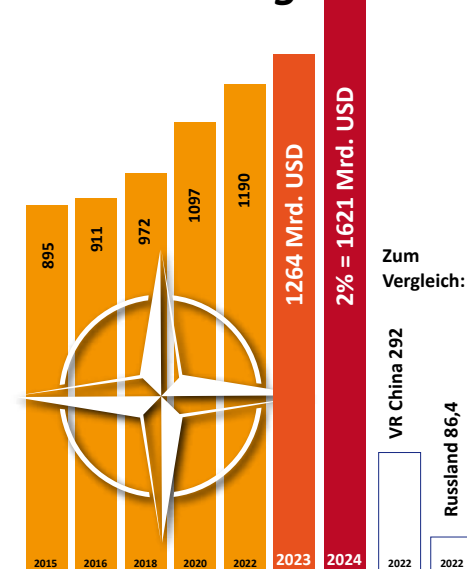
„Wenn es um die Verteidigung geht, muss unsere Industrie jetzt in den Kriegswirtschaftsmodus wechseln.“ (Thierry Breton, EU-Industriekommissar, 3.5.2023)

MILITÄRAUSGABEN 2022 2208 Mrd. USD TOP 18 = 86% ALLER AUSGABEN



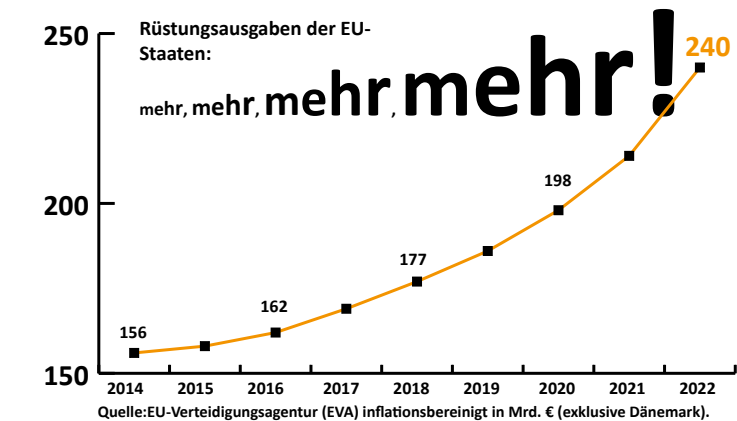
Alle Angaben in Mrd. USD. Quelle: SIPRI Military Expenditure Database 2024. Farbliche Differenzierung erfolgt entlang des BIP-Anteils.

Rüstungsausgaben: NATO vorweg



Quelle: NATO [Angaben in Mrd. USD, 2022/2023 sind eine NATO-Hochrechnung]; Zahlen aus Vergleich sind Schätzungen von SIPRI.

Beim NATO-Gipfel in Vilnius im Juli 2023 wurden Militärausgaben von 2% des BIP als Untergrenze beschlossen. Bei Umsetzung müssten die NATO-Ausgaben 2024 um rund 357 Mrd. \$ steigen.



Artikel 41(2) des EU-Vertrages verbietet es – eigentlich – Militärausgaben aus dem EU-Budget zu bezahlen. Deshalb tarnt die EU-Kommission im EU-Haushalt 2021 bis 2027 diverse Rüstungsbudgets u.a. als Forschungs- bzw. Wettbewerbsförderung. Dazu gehören: 14,88 Mrd.€ für militärrelevante Weltraumprogramme; 1,69 Mrd.€ für die „Militärische Mobilität“ zur schnellen Truppenverlegung; und 7,95 Mrd.€ für einen EU-Verteidigungsfonds (EVF) zur Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern (2024 um weitere 1,5 Mrd.€ aufgestockt). Außerdem wurde noch als „haushaltsexternes Budget“ eine „Europäische Friedensfazilität“ (EFF) u.a. zur Finanzierung von EU-Militäreinsätzen und Waffenlieferungen (v.a. an die Ukraine) mit ursprünglich 5,7 Mrd.€ und inzwischen 12 Mrd.€ geschaffen. Im Juli 2023 trat außerdem die ASAP-Verordnung in Kraft, die mit 500 Mio.€ aus dem EVF die EU-Munitionsproduktion ankurbeln soll. Im Oktober 2023 kam noch EDIRPA hinzu, ein mit zunächst 300 Mio.€ gefüllter Topf, der den Ankauf von Rüstungsgütern der Mitgliedsstaaten mit EU-Mitteln ermöglicht. Deutschland steuert i.d.R. 25% der Gelder bei – und zwar aus dem Allgemeinen Haushalt und nicht dem Verteidigungsbudget.



„Um zu vermeiden, dass wir zu den Verlierern des Wettbewerbs zwischen den USA und China werden, müssen wir die Sprache der Macht neu erlernen und uns selbst als geostrategischen Akteur der obersten Kategorie begreifen.“ (Josep Borell, EU-Außenbeauftragter, 13.2.2020)

Ich glaube, dass wir einen riesigen Verteidigungsfonds brauchen, um zu helfen, ja sogar zu beschleunigen. Wahrscheinlich in der Größenordnung von 100 Milliarden Euro.“ (Thierry Breton, EU-Industriekommissar)



„Hochrüstung macht generell die Reichen reicher und die Armen zahlreicher. Weil dem Wohlfahrtsstaat fehlt, was ein Rüstungsstaat an Mehrkosten verschlingt, folgt der militärpolitischen Zeitenwende nun fast zwangsläufig auch eine sozialpolitische Zeitenwende. Zu befürchten ist daher auf längere Sicht eine fortdauernde Senkung des Lebensstandards der Bevölkerungsmehrheit, die zuletzt Reallohnverluste hinnehmen musste und durch steigende Mieten, Energiepreisexpllosion und Inflation stark belastet wurde.“
Christoph Butterwege, emeritierter Politikprofessor, 22.12.2023

Schlüsseljahr 2028 Rüstung durch Sozialabbau?

„Wir werden dauerhaft diese zwei Prozent gewährleisten, die ganzen 20er-Jahre über, die 30er-Jahre. Diese Zusage gilt.“ (Olaf Scholz, Bundeswehr-Tagung, 10.11.2023)

„30 Milliarden Euro mehr bräuchte es derzeit im Verteidigungshaushalt, damit dieser eigenständig das Zwei-Prozent-Ziel erfüllt. Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfes decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die Streichung von Sozial-Ausgaben für Militär und Rüstung drehen. [...] Der entscheidende Punkt und die damit verbundene Debatte wird allerdings erreicht werden, wenn das Sondervermögen verausgabt ist und man im Bundeshaushalt Prioritäten setzen muss. Voraussichtlich wird dieser Zeitpunkt auch mit der kommenden Bundestagswahl zusammenfallen. Rüstung oder Soziales. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist.“ (Olaf Henkel: Die neue Nationale Sicherheitsstrategie – Verbote einer harten Debatte, Europäische Sicherheit & Technik, 4.7.2023)

Das Sondervermögen muss 2027 aufgebraucht sein, bis dahin soll es die Lücke zwischen dem offiziellen Haushalt (2024: 51,95 Mrd.€ plus mind. 14,5 Mrd.€ nach NATO-Kriterien) und der Zielgröße von 2% des BIP (2024 = 86 Mrd.€) schließen. Nach der Mittelfristigen Finanzplanung vom Juli 2023 dürften die Militärausgaben (inkl. NATO-Kriterien) 2027 bei rund 60 Mrd.€ liegen – 2% des BIP wären aber nach IWF-Schätzung ca. 95 Mrd.€. Diese riesige Lücke könnte wohl wegen der Schuldenbremse dann nur zulasten massiver Kürzungen nahezu sämtlicher sonstiger Haushalte geschlossen werden.

FACTSHEET



Februar 2024

RÜSTUNG

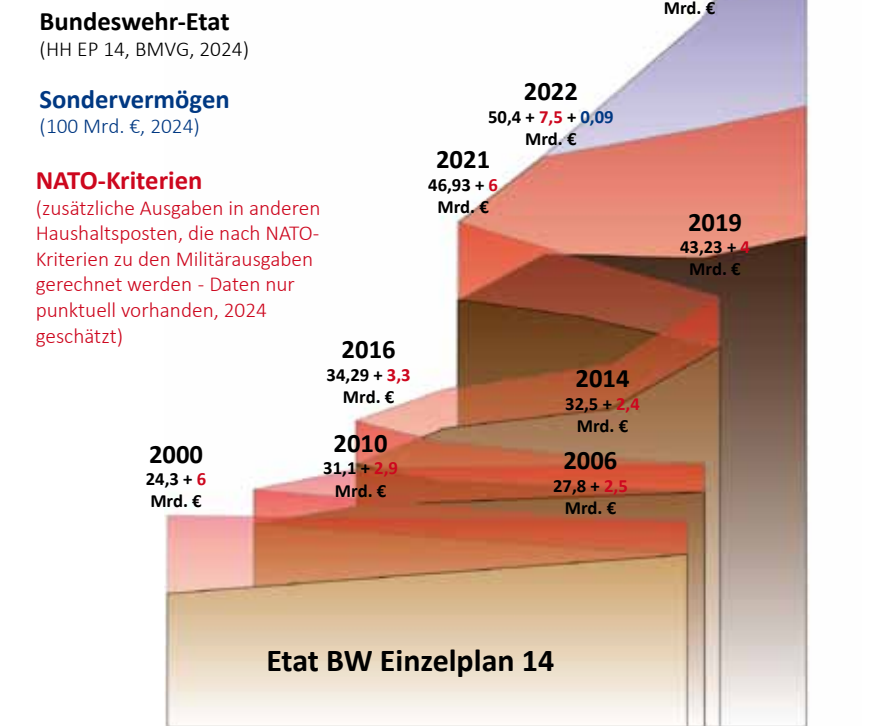
Aufrüsten für Großmachtkriege

Im Juni 2022 beschloss die NATO, 100.000 Soldat*innen innerhalb von 10 Tagen marschbereit vorzuhalten (plus weitere 200.000 innerhalb von 30 und zusätzliche 500.000 in spätestens 180 Tagen). Deutschland hat hierfür bis 2025 eine voll ausgestattete schwere Division (15.000 bis 20.000 Soldat*innen) und bis 2027 eine zweite Division zugesagt. Die Divisionen müssen materiell mit rund 130% ausgestattet sein, um schnell verlegt werden zu können („Kaltstartfähigkeit“).

„Wir reden hier über Investitionen, die 30 Jahre lang nicht nötig waren. Alle haben zu Recht und gut gelebt von 30 Jahren Friedensdividende, wie wir das nannten. Aber diese Zeit ist jetzt leider vorbei. Wir müssen wieder über Abschreckung und Verteidigung reden und das kostet Geld.“ (Boris Pistorius, Verteidigungsminister, 27.10.2023)

„Das Sondervermögen für die Bundeswehr [...] bedeutet eine Zäsur in der deutschen Sicherheitspolitik. Folgen wird eine massive Aufrüstung nach Jahrzehnten, in denen das Militär Schritt für Schritt klein gespart wurde.“ (Spiegel Online, 30.5.2022)

Auf zu neuen GIPFELN : 86,2 Mrd. €



Ruinöser Sparkurs?

Der offizielle Militärhaushalt stieg – selbst inflationsbereinigt! – zwischen 2000 (24,3 Mrd.€) und 2022 (50,4 Mrd.€) deutlich an. Hinzu kommen jetzt noch die Gelder aus dem Sondervermögen (2023: 8,4 Mrd.€; 2024: 19,2 Mrd.€). Andere militärrelevante Kosten werden in den NATO-Kriterien erfasst (2023: 9,5 Mrd.€ davon allein 5,4 Mrd.€ für Waffenlieferungen an die Ukraine), 2024: mind. 14,5 Mrd.€).

Sprachliche Nebelkerzen

Ernsthaft kann weder von einer chronisch kaputtgesparten Bundeswehr noch von einem Sondervermögen gesprochen werden – schließlich handelt es sich hier um Schulden, die spätestens ab 2031 mit Zinsen zurückbezahlt werden müssen. Außerdem sollen 2024 Militärausgaben von 2% des BIP erreicht werden. Auch dieser Begriff ist grob irreführend – ein Rechenbeispiel: 2024 sind 2% des BIP etwa 86 Mrd.€, bei einem Haushalt von 476,8 Mrd.€ sind das knapp 19 Prozent des gesamten Haushaltes! Anders ausgedrückt: 2024 werden die Ministerien Bildung (21,5), Gesundheit (16,7), Entwicklung (11,2), Wirtschaft & Klima (11,1), Wohnen (6,7), Auswärtiges (6,7) und Umwelt (2,4) alle zusammen immer noch mehr als 13 Mrd.€ weniger als das Militär erhalten!

Herausgegeben in Kooperation mit:



Bertha von Suttner Stiftung der DFG-VK

EIN PAAR VERGLEICHE



Vergleiche ausgewählt entnommen dem Infoblatt vom Bund für Soziale Verteidigung: „Was wäre wenn ...? Rüstungs- und Sozialausgaben im Vergleich“ von Simon Frey (www.soziale-verteidigung.de/infoblatter). Ergänzung und Aktualisierungen IMI.



Herausgeber des Factsheets Rüstung sind die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, gefördert wird es durch die DFG-VK Gruppe Tübingen, sowie die Bertha von Suttner Stiftung, Braunschweiger Strasse 22, 44145 Dortmund
Alle Grafiken IMI. Fotoübernahmen wie angegeben. Insbesondere S. 6: Butterwege Raimond Spekking (CC BY-SA), RAF Eurofighter (OGL), FCAS auf der Paris Air-Show Tiraden (CC BY SA), Puma US-Army Foto (PD), F125 Ein Dahmer (CC by SA) - alle Wikimedia.

www.imi-online.de
www.dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

SONDERVERMÖGEN BUNDESWEHR

Drei Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine kündigte Kanzler Olaf Scholz ein Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Mrd.€ sowie Militärausgaben von mindestens 2% des BIP an. Um nicht mit der sog. Schuldenbremse zu kollidieren, bedurfte es einer Grundgesetzänderung.

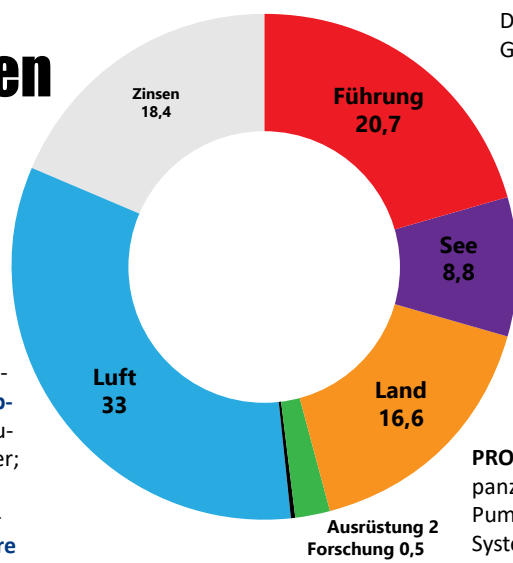
„Wir werden von nun an – Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren. [...] Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen.“ (Olaf Scholz, 27.2.2022)

Details sind im Gesetz zum Sondervermögen vom 1.7.2022 geregelt, u.a. im angehängten Wirtschaftsplan die für einzelne Teilstreitkräfte vorgesehenen Beträge und die einzelnen Projekte. Der Wirtschaftsplan wird ständig angepasst, u.a. auch deshalb, weil die Bundeswehr ihr Budget gleich massiv überplant hatte – außerdem „vergaß“ sie Aspekte wie Zinsen und Inflation zu berücksichtigen, wie der Rechnungshof im Oktober 2022 kritisierte.

„Das BMVg erklärte [...], dass es 60 Vorhaben identifiziert habe, die es aus dem ‚Sondervermögen Bundeswehr‘ finanzieren wolle. Davon seien 40 Vorhaben bereits eingeplant. Es räumte ein, dass schon die Gesamtausgaben aller bislang eingeplanten Vorhaben den Finanzrahmen von 100 Mrd. Euro überschreiten.“ (Rechnungshofbericht, 7.10.2022).

Verteilungsplan 100 Mrd. € Sondervermögen Bundeswehr

Stand 1/2024



PROJEKTE LUFT: Kampffjets: F-35, ECR Eurofighter, Future Combat Air System; **Hubschrauber:** Schwerer Transporthubschrauber, Leichter Unterstützungshubschrauber; **Luftverteidigung:** Arrow 3, Patriot, Nah- und Nächstbereichsschutz; **Drohnen:** Bewaffnung HERON TP, Eurodrohne; **Weitere Flugzeuge:** C-130J, Pegasus, P8A-Poseidon.

PROJEKTE FÜHRUNG/DIGITALISIERUNG: Digitalisierung landbasierter Operationen; German Mission Network; SATCOM.

PROJEKTE SEE: Kriegsschiffe: Fregatte 126; Korvetten Klasse 130; U-Boote: U-Boot Klasse 212; **Waffensysteme:** Naval Strike Missile Block 1A; **Weitere Projekte:** Future Naval Strike Missile, U-Boot Flugabwehrflugkörper, Mehrzweckkampfbote, Nachfolge Festumpfschlauchboot, Unterwasserortung.

PROJEKTE LAND: Schwere Kräfte: Schützenpanzer Puma (Nachrüstung), Schützenpanzer Puma (Beschaffung), Main Ground Combat System; **Mittlere Kräfte:** Schwerer Waffenträger, Nachfolge Marder; **Leichte Kräfte:** Überschneefahrzeuge, Nachfolge luftverlegbare Fahrzeuge.

Für eine Beschreibung der einzelnen Projekte: www.imi-online.de/Sonderseite/Sondervermogen

„Wir sind zuversichtlich, dass wir jetzt in der Breite Aufträge bekommen.“

Hans-Christoph Atzpodien, Geschäftsführer des größten Rüstungslobbyverbandes BDSV zum Sondervermögen

Rüstungsboom & Rüstungspannen

Für die kommenden Jahre erwartet die Rüstungsbranche fette Umsatzsteigerungen – realistisch, da das Investitionsbudget der Bundeswehr von einstmals 4,1 Mrd.€ (2017) über 9,9 Mrd.€ (2022) auf 17,7 Mrd.€ (2023) emporschnellte und für 2024 sogar 21,9 Mrd.€ anvisiert werden. Kein Wunder schossen die Aktienkurse der größten börsennotierten deutschen Waffenbauer durch die Decke. Airbus, abgemildert durch den hohen zivilen Anteil, „nur“ rund 17%. Bei Rheinmetall kletterte der Börsenkurs um 319% und bei Hensoldt waren es 243% (Stichtage jeweils der 30.12.2021 und der 4.8.2023).

Gleichzeitig informiert die Bundeswehr im Bericht über das Rüstungswesen im Januar 2024, dass ihre Großprojekte im Schnitt 29 Monate Verzögerung bei Kostensteigerungen von insgesamt 14,18 Mrd.€ vorzuweisen haben.

Deutsche Platzhirsche

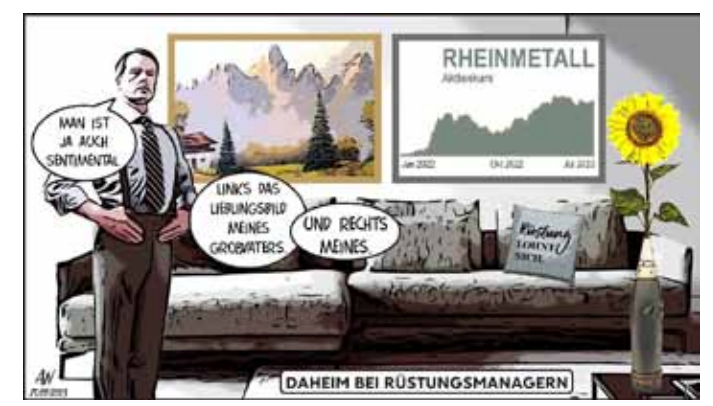
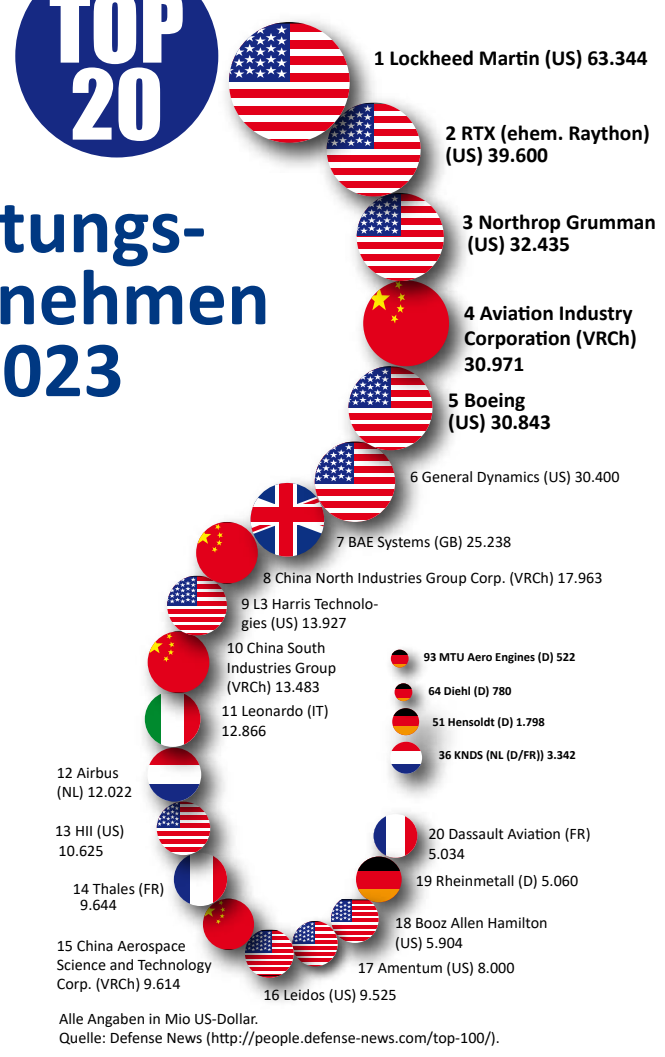
Die großen der Branche sind (Umsätze 2022 außer KNDS und Diehl (2021)): Airbus Defense and Space (13,7 Mrd.€), Rheinmetall (6,4 Mrd.€), KNDS mit dem deutschen Unternehmensteil Kraus-Maffei Wegmann (2,7 Mrd.€), Hensoldt (1,71 Mrd.€) und Diehl (571 Mio.€). Über diese in den Top 100 Unternehmen der Welt geführten Firmen sind noch MBDA, MTU-Aero Engines, Rhode&Schwarz und die U-Boot- und Schiffbauer Lürssen und ThyssenKrupp Marine Systems sowie die Kleinwaffenhersteller Heckler&Koch, Walther, Haenel und SigSauer zu erwähnen: Ihre Produkte sind besonders tödlich. Auch internationale Rüstungskonzerne sind mit Standorten vertreten – zu nennen sind beispielsweise Thales, Leonardo, Raytheon (RTX), Rafael.



RÜSTUNGS-CLUSTER IN DEUTSCHLAND

TOP 20

Rüstungsunternehmen 2023



Aktionäre wollen mitverdienen: „Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn 2022 in der Ukraine gingen auch in Deutschland die Aktienkurse der Waffenhersteller in die Höhe, u.a. von Rheinmetall und Hensoldt. In kurzer Zeit ging es für Rheinmetall um 93 Prozent hinauf.“ *Telepolis, 9.3.2023*

Nebenstehende Karte aus: **W&F Dossier 97 Rüstungsexportkontrollatlas** wissenschaft-und-frieden.de

Exportstrategie zur Stärkung der Rüstungsindustrie

Der Existenz einer stark aufgestellten heimischen Rüstungsindustrie wird eine immense machtpolitische Bedeutung zugeschrieben. Vor diesem Hintergrund definiert das „Strategiepapier der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ vom Februar 2020 eine ganze Reihe von Schlüsselindustrien, die unbedingt in nationaler oder zumindest in europäischer Hand verbleiben sollen. Weil aber die nationalen oder auch europäischen Märkte zu klein sind, müsse man, so das Strategiepapier weiter, „Exporte politisch flankieren.“

Statistik Waffenexporte

Jahr	Einzelausfuhr-genehmigungen (Mrd. €)	%-Anteil Drittstaaten	Sammelausfuhr-genehmigungen* (Mrd. €)
2004	3,80	29	2,40
2005	4,21	40	2,00
2006	4,18	29	3,50
2007	3,66	34	5,05
2008	5,78	54	2,54
2009	5,04	49	1,99
2010	4,75	29	0,73
2011	5,41	42	5,38
2012	4,70	55	4,17
2013	5,84	62	2,49
2014	3,97	61	2,54
2015	7,50	59	4,96
2016	6,84	54	0,05
2017	6,24	61	0,32
2018	4,82	53	0,01
2019	8,01	44	0,50
2020	5,82	50	0,40
2021	9,35	64	4,12
2022	8,36	25	0,70
2023	12,20	n.v.	n.v.

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)
*Einzelgenehmigungen beziehen sich auf zeitnahe, einzelne Exporte von Waffen und Kriegsmaterial, wohingegen sich Sammelausfuhrgenehmigungen auf längerfristige pauschale, ggf. im Kontext gemeinschaftlicher Rüstungsprojekte stehende und wiederkehrende Exporte beziehen. Sammelexportgenehmigungen haben eine maximale Laufzeit von zehn Jahren, d.h. die in der Zahlenfolge ablesbaren Schwankungen geben nur bedingt Auskunft über tatsächlich in dem Jahr erfolgte Exporte. **Im Durchschnitt gab es Sammelexportgenehmigungen von 2,3 Mrd. € pro Jahr über die angezeigten 19 Jahre. Ein Drittel aller Waffenexporte sind hier versteckt. 2004-2022 Einzelgenehmigungen von 108 Mrd. € - Sammelgenehmigungen von 43,85 Mrd. €.**

„Deutschland braucht eine starke Industrie, damit wir in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern sicherheitspolitisch handlungsfähig bleiben. Darum liegt es in unserem Interesse, das anstehende Rüstungsexportkontrollgesetz der Zeitenwende anzupassen. Die Exportgenehmigungen müssen sich, so will es auch die Nationale Sicherheitsstrategie, an den deutschen sicherheitspolitischen Interessen orientieren. [...] Nur wenn die Rüstungsunternehmen exportieren können, bleiben sie wirtschaftlich lebensfähig.“
Alexander Müller, MdB und verteidigungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

RÜSTUNGSEXPORT